

Unverkäufliche Leseprobe



Patrick Bahners
Die Panikmacher
Die deutsche Angst vor dem Islam
Eine Streitschrift

320 Seiten, Gebunden
ISBN: 978-3-406-61645-7

Inhalt

Kapitel 1	Eine Staatsaffäre. Gehört der Islam zu Deutschland?	6
Kapitel 2	Notizen aus der Provinz. Die Globalisierung des Hasses	46
Kapitel 3	Das Kopftuch. Ein Streit ohne Gegenstand	92
Kapitel 4	Zeugin der Anklage. Necla Kelek und ihr Werk	131
Kapitel 5	«Hier isch die Fahrkart!» Der Muslim-Test in Baden-Württemberg	175
Kapitel 6	Aussichten auf den Bürgerkrieg. Die Zerstörung der Alltagsvernunft	213
Kapitel 7	Nach dem Tabubruch. Was will die Islamkritik?	262
	Danksagung	309
	Quellennachweise	310

KAPITEL I

Eine Staatsaffäre. Gehört der Islam zu Deutschland?

Man wende nicht ein, dass von Priestern einer falschen Religion die Rede sei. So falsch war noch keine in der Welt, dass ihre Lehrer notwendig Unmenschen sein müssen.

Hamburgische Dramaturgie, Zweites Stück

Was ist eigentlich los in Deutschland? Noch nie hat wohl ein Bundespräsident mit einer öffentlichen Äußerung so viel Kritik auf sich gezogen wie Christian Wulff mit der Rede, die er am 3. Oktober 2010, dem zwanzigsten Jahrestag der Wiedervereinigung, in Bremen gehalten hat. Richard von Weizsäcker hatte fünfundzwanzig Jahre zuvor, an einem anderen Gedenktag, die Macht des deutlichen Präsidentenwortes demonstriert. Er stiftete einen neuen Konsens, indem er aussprach, was ein erheblicher Teil des Publikums nicht hören wollte: dass der Tag der deutschen Niederlage 1945 auch ein Tag der Befreiung gewesen sei. Aber in den Tagen nach dem 8. Mai 1985 dominierte Weizäckers Rede nicht die Schlagzeilen. Die Spitzenpolitiker der Koalition aus Union und FDP nutzten nicht jedes Mikrofon, um an der Wortwahl des Staatsoberhauptes Anstoß zu nehmen, das sie erst vor kurzem ins Amt gebracht hatten. Die Zeiten haben sich geändert. Wer damals Weizsäcker als Präsidenten der Alliierten beschimpfen wollte, fand Gleichgestrickte noch nicht im Internet, sondern musste seine Rundbriefe hektographieren. Der Comment, dass jedenfalls die Inhaber hoher Regierungs- und Parteiämter Äußerungen des Bundespräsidenten nicht kommentieren, wird nicht mehr beachtet, seit Wulffs Vorgänger Horst Köhler darauf verfallen war, die Regierungsarbeit in regelmäßigen Abständen zu benoten. So sagte zur Wulff-Rede jeder Politiker etwas, der den Eindruck fürchten musste, dass Schweigen Zustimmung bedeute. Wenn derzeit die Rede auf den Islam in Deutschland kommt, bricht der diskursive Notstand aus. Wulffs

Kritiker hielten es für zu gefährlich, im Zeichen dieses Themas zur Übung der Jahrzehnte vor Köhler zurückzukehren, dass man Präsidentsätze, die man für unklug hält, ohne Echo verklingen lässt. 1985 traf der Respekt vor dem Amt des Bundespräsidenten zusammen mit speziellen Schicklichkeitsregeln, die sich an das Thema des Nationalsozialismus knüpften. Wer Weizsäckers Formulierungen selbst nicht verwendet hätte, sah doch in der Regel von einer ausdrücklichen Missbilligung ab. Das Wort «Befreiung» zu vermeiden war das eine. Etwas ganz anderes wäre es gewesen, zu Protokoll zu geben, man sei aber nicht befreit worden. So konnte der Präsident sprachliche Tatsachen schaffen. In der Diskussion über den Islam vertreten dagegen heute diejenigen, die sie forcieren, entschieden die Meinung, es seien zu lange Rücksichten genommen worden.

Wulffs Aussagen über den Islam mussten auf Widerspruch stoßen, ganz unabhängig vom Inhalt. Dass er das Thema überhaupt an sich zog, wirkte schon provozierend. Denn alles, worüber der Präsident spricht, verwandelt sich in einen Gegenstand besinnlicher Betrachtungen, die mit Kopfnicken aufgenommen werden wollen, auch das Bundesverfassungsgericht oder das Werk von Günter Grass. Als Wulff für Köhler einsprang, wurde ihm bescheinigt, ihn empfehle die Fähigkeit, mit Unverbindlichkeiten lebhaftere Zustimmung zu erzeugen. Was Wulff dann am 3. Oktober sagte, war von einer Harmlosigkeit, die das Nichtssagende streifte. «Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.» Man verkenne aber die technischen Fertigkeiten des Redners nicht, der alle Reibungsflächen zu entfernen versteht: Dieses *genus humile* kann ebenso effektiv sein wie Weizsäckers Kunst, sich durch dialektische Rückversicherung unangreifbar zu machen. Als sokratische List darf man Wulffs Methode charakterisieren. Einer augenfälligen Selbstverständlichkeit sollen die Zuhörer beipflichten, aus der scheinbar noch überhaupt nichts folgt. Mit dem Verb «gehört zu» hat Wulff den Islam und Deutschland in ein Verhältnis gesetzt, ohne dieses Verhältnis irgendwie zu bestimmen. Er hat der Religion der Muslime keine zunehmende Bedeutung zugesprochen und sie keine Bereicherung genannt. Diese absolute, unqualifizierte Zugehörigkeit ist nicht die schicksalhafte Zusammengehörigkeit der Liebenden, Wulffs «gehört zu» ist nicht das «gehört zu» aus Marianne Rosenbergs Hit «Er gehört zu mir». Eher wird man an Familienverhältnisse

denken: Der Schwiegersohn gehört zur Familie, obwohl die Schwiegereltern (jedenfalls in Deutschland) ihn sich nicht aussuchen konnten. Um Deutschland ging es, und im Zusammenhang mit Deutschland ist die Formulierung jedem Schulkind geläufig. Wulff hat sich ganz einfach der Sprache bedient, in der die politische Geographie offenkundige historische Tatsachen bezeichnet: Amrum, Sylt, Föhr und Helgoland gehören zu Deutschland. Gerade diese Selbstbeschränkung des Redners, das Absehen von allem Werben und Plädieren zugunsten der schlichten Feststellung eines Faktums, rief Ablehnung und Abwehr hervor. Auch so hatte das sokratische Vorgehen eine aufklärerische Wirkung: Wulffs Kritiker offenbarten, dass für sie das Vorhandensein deutscher Muslime nicht selbstverständlich ist, keine von der deutschen Politik vorgefundene Gegebenheit wie der deutsche Papst. Zu ihrem Deutschland gehört der Islam nicht. Ihr Deutschland ist ein Deutschland ohne Islam.

Schäubles Satz

Mit großem Beifall auf allen Seiten war vier Jahre vorher, am 28. September 2006, im Bundestag die Regierungserklärung aufgenommen worden, in der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble die Ziele der von ihm einberufenen Deutschen Islamkonferenz erläuterte. Schäuble hatte fast dasselbe gesagt wie später Wulff, ja, sogar noch mehr: «Der Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas, er ist Teil unserer Gegenwart und er ist Teil unserer Zukunft.» Teil Deutschlands, nicht Annex: Demnach gehört der Islam nicht wie Helgoland zu Deutschland, sondern wie Hessen. Schäuble hatte sich seinen Satz genau überlegt. In verschiedenen Varianten hatte er ihn schon in mehreren Interviews lanciert, die in den Wochen vor dem ersten Plenum der Islamkonferenz in der Presse erschienen. Das Unverfängliche sollte verfangen. Schäuble tat so, als beschreibe er lediglich die tatsächliche Voraussetzung der von ihm angesetzten Veranstaltung. Die Mengenlehre war bei ihm eine Teildisziplin der Arithmetik: «Wir haben in unserem Land mehr als drei Millionen Muslime, und damit ist der Islam ein Teil Deutschlands.» Der Satz hatte für das Unternehmen der Konferenz programmatischen Charakter, gerade weil er der sprachlichen Form nach kein normativer Satz war. Als Jurist weiß

Schäuble, dass sich eine Tatsachenfeststellung besonders gut eignet, um Verhaltenserwartungen festzuschreiben. Das Normative wird dann als Faktisches behandelt und steht von vornherein jenseits der Diskussion.

Im diplomatischen Setting der Islamkonferenz bezeichnete die Teil-Ganzes-Formel Erwartungen an beide Seiten. Die Muslime sollten nicht als Fremde oder Gäste behandelt werden, sondern alle Rechte von Bürgern genießen und das Vertrauen, das für die Gesellschaft der Grundrechtsbesitzer so etwas wie die Atmosphäre der Freiheit ist. Umgekehrt sollten die Muslime das Grundgesetz nicht als fremde Ordnung ansehen, sondern als ihr eigenes Recht. Mit der Auszeichnung des Islam als Teil des Landeskörpers war gleichzeitig so vornehm wie eindeutig gesagt, dass die Muslime sich einzuordnen hatten. Das war älteste konservative Staatsklugheit nach dem Vorbild des Menenius Agrippa, des römischen Konsuls, der die Plebejer zur Rückkehr in die Stadt überredete, indem er ihnen das Gleichnis vom Magen und den Gliedern erzählte. Wenn man Schäuble über seine Islamkonferenz sprechen hörte, ahnte man hinter der pragmatischen Nüchternheit des gewieften Unterhändlers eine geradezu mystische Hoffnung auf ein Gemeinsames, das sich im Gang der Verhandlungen herstellen sollte, indem beide Seiten ihr Interesse verfolgten. Wie eine hegelianische Zauberformel wiederholte er den bei näherem Hinsehen ja gar nicht evident wahren Satz, nach dem eine Weltreligion Teil eines Nationalstaats sein soll. Bei der Einweihung der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität am 11. Mai 2007 gab Schäuble seinem *Ceterum Censeo* eine Wendung ins Appellative: Der Islam müsse zeigen, dass er zu einem Teil Deutschlands werden wolle. Ungeduld und Geduld sind dasselbe, wenn man weiß, was man will. Schäuble wollte vorankommen, indem er immer wieder dasselbe sagte, etwa im Südwestrundfunk am 6. März 2009 und am 19. September 2009 als Gast beim Berliner Fastenbrechen der Ditib. Dieser muslimische Dachverband ist der deutsche Arm der türkischen Religionsbehörde. Vor Ditib-Funktionären beschrieb der Satz vom Teil Deutschlands eine künftige, erwünschte Tatsächlichkeit, die Schäuble durch den Verlauf der Konferenz nähergerückt sah, wie er in der «taz» vor der letzten von ihm geleiteten Sitzung der Konferenz am 25. Juni 2009 berichtet hat-

te: «Ditib-Vertreter lösen sich ein Stück weit, sie werden selbstständiger. Das geht voran.» Zufrieden verbuchte er den Zinsertrag seines goldenen Wortes: «Meine Äußerung, dass der Islam Teil Deutschlands ist, die ist angekommen. Das merke ich an den Reaktionen der Menschen. Die haben mitgekriegt, dass wir uns bemühen.» In der Regierungserklärung von 2006 hatte Schäuble die islamische Teilgeschichte Deutschlands erst in der Gegenwart beginnen lassen. Nach drei Jahren Islamkonferenz war die Zeit reif für die Ergänzung seiner damaligen Aussage, der Islam sei ein Teil der deutschen Gegenwart und der deutschen Zukunft. Der Islam gehöre zur deutschen Geschichte, erklärte Schäuble auf dem Symposium zur Vorbereitung des Abschlussplenums vor historischer Kulisse: im Reichssaal des Alten Rathauses von Regensburg. Hier hatten Philipp Melanchthon und Johannes Eck disputiert, hier hatte der Immerwährende Reichstag beraten, dessen Spielregeln der Grundtatsache der neueren deutschen Verfassungsgeschichte Rechnung trugen: der beim besten Willen und mit größtem Scharfsinn nicht wegzudisputierenden konfessionellen Pluralität.

Schäuble hat unbeirrt an der Überzeugung festgehalten, dass das deutsche Staatskirchenrecht den Rahmen bildet, in dem sich auch ein deutscher Islam organisieren kann. Ein Argument für diesen Optimismus ist die Vergesslichkeit, die um sich greift, wenn etwas funktioniert. Man unterschätzt die Leistungen, die das Staatskirchenrecht vollbracht hat, und unterschätzt daher auch, was man ihm noch zutrauen kann. Das Verfassungsrecht des Alten Reiches und das liberale Staatsrecht mit dem Palladium der Bekenntnisfreiheit stifteten politischen Frieden unter Religionsparteien, die keinen Bürgerkrieg mehr gegeneinander führten, aber nicht davon absahen, die eigene Lehre als ewig wahr und die Doktrin der Gegenseite als heillos falsch zu betrachten. Die wechselseitige Verwerfung der christlichen Konfessionen führte zur Ausbildung unterschiedlicher Weltbilder und Lebensformen. Im neunzehnten Jahrhundert, dem Zeitalter der Massenbildung und der Verwissenschaftlichung aller Verhältnisse, wurden diese Unterschiede systematisiert und zugespitzt – auf beiden Seiten. Und tatsächlich lebten Protestanten und Katholiken in getrennten Welten mit eigenen Schulen, Parteipräferenzen und Lieblingsdichtern. Wie tief dieser Riss einmal ging, ist dem allgemeinen Bewusstsein – halb

ökumenisch, halb indifferent – weithin entschwunden. Aber dieses Verblässen des Konfessionsgegensatzes ist erst ein Phänomen der Nachkriegsgeschichte, in der es zunächst noch einmal heftige Konfessionskämpfe gab, vor allem in der Schulpolitik. Schäuble hat in der Welt seiner badischen Kindheit und Jugend die Schroffheit des konfessionellen Antagonismus noch erlebt. Sein katholischer Vater wurde von den Sakramenten ausgeschlossen, weil er zugelassen hatte, dass die Kinder evangelisch getauft wurden. Als die CDU ihn Ende der vierziger Jahre als Bürgermeisterkandidaten in einer Kleinstadt aufstellte, intervenierte das Erzbischöfliche Ordinariat. Der evangelische Minister aus konfessionsverschiedener Ehe hat es gelegentlich als Vorteil Deutschlands gegenüber konfessionell einfarbigen Nationen beschrieben, dass hier religionspolitische Lösungen unter Bedingungen der Parität gefunden werden mussten.

Das deutsche Modell lädt die Religionsgemeinschaften ein, ihre Überzeugungen in der Öffentlichkeit sichtbar und hörbar zu machen, auch im Innenraum der staatlichen Institutionen wie Schule und Militär. Die Erwartung, dass sich im Gegenzug diese Überzeugungen unter dem Einfluss der Verkündigung in einem säkularen Kontext zwar nicht im dogmatischen Kern verändern, aber doch in Aspekten anpassen und wandeln, die für das alltägliche Zusammenleben mit Andersgläubigen entscheidend sind, wird von klugen Politikern nur andeutungsweise angesprochen. Ein staatliches Programm religiöser Aufklärung müsste die Glaubensfreiheit tangieren. Die Erziehung des Menschengeschlechts bleibt angewiesen auf die Eigendynamik von Verhältnissen der freimütigen Diskussion und des zivilen Umgangs. Das liberale Kalkül, dass die Gewöhnung an Pluralität in der Kooperation mit dem Staat auf das Innenleben der Religionsgemeinschaften zurückwirkt, wird von Erfahrungswerten gestützt. Die Aufhebung der theologischen Fakultäten an den staatlichen Universitäten wird nicht nur von Laizisten gefordert. Von Zeit zu Zeit lassen sich einzelne katholische Bischöfe zum Spiel mit diesem Gedanken hinreißen, aus Sorge um die Reinheit der Lehre. Aber würde sich eine kirchliche Theologie, die in der Abgrenzung von einer korrupten Außenwelt ihre Identität sähe, nicht erst recht in die intellektuelle Abhängigkeit vom Gegner begeben? Vor entsprechenden Fragen werden auch die Muslime stehen, an die der Staat die Einladung richtet, sich so weit zu orga-

nisieren, dass sie an der Auswahl von Professoren der islamischen Theologie beteiligt werden können.

Der Satz vom Islam als Teil Deutschlands sagt nicht, was aus dem neuen konfessionellen Mischungsverhältnis folgt. Er setzt lediglich voraus, dass es nicht folgenlos bleiben wird. Gegenüber den dogmatischen Hygienikern aller Bekenntnisse ist der Satz in robuster Weise neutral. Den Christen, die damit zurechtkommen müssen, dass sie sich den öffentlichen Raum mit Muslimen teilen, kann der Staat nicht helfen. Wenn die Islamisierung Deutschlands unterbleibt oder die Eindeutschung des Islam gelingt, dann wird das ein Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sein, zu dem Warnungen und Wünsche des Bundesinnenministers kaum etwas beigetragen haben werden. So stieß Schäubles bei jeder Gelegenheit bekräftigter Satz in der Öffentlichkeit nur auf vereinzelt Widerpruch. Um ihn zu bestreiten, hätte man Deutschland zum christlichen Staat erklären müssen. Doch diese Position des romantischen Konservatismus ist seit der Emanzipation der Juden obsolet. Warum rief Bundespräsident Wulff dann mit dem Satz, der Islam gehöre inzwischen auch zu Deutschland, einen Sturm der Entrüstung hervor? An den Bundespräsidenten richten sich andere Erwartungen als an den Bundesinnenminister. Die Islamkonferenz wurde mit einem sicherheitspolitischen Zweck gerechtfertigt. Schäuble wollte den Muslimen Gründe nehmen, dem Staat nicht zu vertrauen, um Extremisten das Geschäft zu erschweren. Rhetorische Gesten des guten Willens mochten auch nach Meinung von Leuten, die den Islam für undeutsch hielten, in diesem Kontext ihren begrenzten Sinn haben. Während Innenminister die Lage so schildern, wie sie ist, bisweilen vielleicht notgedrungen etwas schönfärberisch, soll der Bundespräsident die öffentlichen Dinge so beschreiben, wie sie sein sollen. Der Satz «Auch der Islam gehört zu Deutschland» wurde als normativer Satz verstanden, als Aufforderung an die Bürger, Muslimen in jeder erdenklichen Weise entgegenzukommen, weil es die Pflicht des Präsidenten ist, Worte für die Ideale der Bürgerschaft zu finden. Die «Bild»-Zeitung gab dem Artikel, in dem sie Protestbriefe an Wulff dokumentierte, die Überschrift: «Warum hofieren Sie den Islam so, Herr Präsident?»

Die Schlagzeile war ein Geniestreich der professionellen Tücke. Sie gab dem Zorn, dessen Zeugnisse die Redaktion auf den Internetsei-

ten des Präsidialamts gesammelt hatte, eine politische Richtung, indem sie nahelegte, der Präsident sei aus der Rolle gefallen. Das Staatsoberhaupt unserer Republik ist aufs Repräsentative beschränkt. Der eigentliche Sinn seiner Äußerungen liegt im Symbolischen. Insofern gelten für den Bundespräsidenten noch die Verhaltensregeln der höfischen Gesellschaft. Wenn Wulff den Islam hofiert hatte, dann hatte er seine um der Würde der Republik willen herausgehobene Stellung freiwillig eingetauscht gegen die Position des Höflings, eines unterwürfigen, jämmerlichen Bittstellers – gegenüber einer illegitimen, fremden und abergläubischen Macht. Mit einer Ergebenheitsadresse an die Muslime hatte er die Souveränität Deutschlands weggeschenkt. Die Politiker haben es heute mit einer neuen Öffentlichkeit zu tun. In Internetforen ballt sich der Unmut von Zeitgenossen, die sich als Betrogene und Ausgeschlossene definieren, weil ihnen der Gang der Dinge nicht passt. Sie sind jederzeit bereit, die politische Ordnung für illegitim zu erklären, und beziehen in ihr Verdikt, der Mehrheitswille werde von korrupten Eliten sabotiert, den professionellen Journalismus ein, im Jargon: die Mainstream-Medien, kurz MSM. Ein Lieblingsbild für die Verkehrtheit der Verhältnisse ist der Kotau der Mächtigen vor den Gewalten einer sinistren Hinterwelt. Indem Deutschlands meistgelesene Zeitung Wulff mit der Anklage konfrontierte, er habe den Islam hofiert, machte sie sich den Verdacht zu eigen, das Gemeinwohl sei bei seinen gesetzlichen Sachwaltern in den falschen Händen. Durch sein unkluges Agieren bei der arbeitsrechtlichen Behandlung des Falls Sarrazin hatte Wulff tatsächlich Zweifel an der Objektivität seiner Amtsführung geweckt. Von Anfang an spielte die «Bild»-Zeitung in dieser Affäre, deren Dynamik die Aufnahme von Wulffs Bremer Rede bestimmte, eine maßgebliche Rolle.

Sloterdijks Manifest

Thilo Sarrazin, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, hatte schon im Herbst 2009 für einen Skandal gesorgt, als er in einem Interview die große Mehrheit der türkischen Einwanderer in Deutschland als wirtschaftlich nutzlosen moralischen Fremdkörper beschrieb und eine Umstellung der Sozialpolitik nach Erkenntnissen der Vererbungslehre forderte. Einige Formulierungen, über Gemüsehändler

und Kopftuchmädchen, wurden schnell zu geflügelten Worten. Das Interview erschien in einem Berlin-Heft von «Lettre International». Diese Kulturzeitschrift bringt auf sehr großen Seiten sehr viel Text in sehr kleinen Buchstaben unter. Scheinbar ist sie in allem das Gegenteil der «Bild»-Zeitung. In einer anderen Kulturzeitschrift, die nicht ganz so lange Texte auf teurerem Papier druckt, dem «Cicero», veröffentlichte Peter Sloterdijk im November 2009 ein «bürgerliches Manifest». Aus philosophischer Einsicht in den Stand des historischen Prozesses leitete Sloterdijk die «objektive Aufgabe» der aus den Bundestagswahlen hervorgegangenen Regierung von Union und FDP ab. Der Rektor der Staatlichen Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe verlangte einen Neuanfang der Gefühlshaushaltspolitik: Die «Balance zwischen den Primäraffekten der menschlichen Seele, den gierartigen Regungen auf der einen Seite, den stolzartigen Regungen auf der anderen, griechisch gesprochen: das Wechselspiel von Eros und Thy-mos», sei in Deutschland «völlig verloren gegangen». Die Koalition habe daher die Pflicht, «dafür zu sorgen, dass der Leistungsträgerkern der deutschen Population sich in Zukunft nicht nur fiskalisch mitgenommen, sondern endlich auch politisch, sozial und kulturell gewürdigt weiß». Sloterdijk kümmerte sich auch um die Bedingungen der Möglichkeit der Aufgabenerledigung. Seinen Meinungen etwa über die Wünschbarkeit einer Umstellung der Gemeinwohlfinanzierung von erzwungenen Abgaben auf freiwillige Gaben stellte er eine Skizze der Landschaft voran, in die er diese Meinungen pflanzte. Und mitten in dieser Landschaft lag ein erschlagener Riese, von Zwergen zur Strecke gebracht, Thilo Sarrazin.

Die oberste Priorität von Sloterdijks philosophischer Politik war der Meinungsklimawandel. Leistungsträgerkerngeschäft: das Agenda-Setting. Sloterdijk begrüßte sein Publikum mit einem Grundkurs in Objektivität. Geschmeichelt erfuhr der «Cicero»-Leser, dass es sich dabei um eine kulturelle Errungenschaft der europäischen Nationen handle. Die Probephase habe im frühen achtzehnten Jahrhundert begonnen. Das Experiment des objektiven Blicks ist der spielerische Rollentausch. Was sieht man, wenn man sich versuchsweise im Geiste mit den Augen der anderen betrachtet? Der Baron de Montesquieu erfand zwei persische Edelleute, die er in Briefen über ihre Bildungsreise durch das Abendland berichten ließ. Der aufklärerische Witz der

«Persischen Briefe»: Den Besuchern aus dem Orient ist die christliche Leitkultur, das in diesen Breiten mehr oder weniger fraglos Gültige, gerade nicht selbstverständlich. Sloterdijk wünschte sich eine Aktualisierung des Klassikers. «Es ist höchste Zeit, scheint mir, wieder einmal die Perser einzuladen, damit sie einen verfremdenden Blick auf die Zustände in unserem Land werfen.»

Montesquieus muslimische Kulturtouristen, daheim im rationalen Gebäude ihres strengen Eingottglaubens, erzählen beispielsweise amüsiert von den intellektuellen Umgangsformen der christlichen Derwische, der Mönche. Lässt man sich mit ihnen auf einen theologischen Disput ein, erreicht man irgendwann immer den Punkt, an dem sie kein Argument mehr vorbringen, sondern auf die unfehlbare Auskunft ihres obersten Priesters verweisen. Welche kuriosen Gebräuche müssten den Grübelpersern befremdlich erscheinen, die Sloterdijk gerne einladen würde? «Was den von außen kommenden Beobachtern unserer Verhältnisse sicher am stärksten ins Auge springen würde, obschon es für uns durch seine Alltäglichkeit fast unsichtbar geworden ist: Wir haben uns – unter dem Deckmantel der Redefreiheit und der unbehinderten Meinungsäußerung – in einem System der Unterwürfigkeit, besser gesagt: der organisierten sprachlichen und gedanklichen Feigheit eingerichtet, das praktisch das ganze soziale Feld von oben bis unten paralyisiert.»

Der klassische Topos für die im Alltag evident werdende Kontingenz der Sitten sind die Reinheitsvorschriften. Diskret auf das Leitmotiv der ethnologischen Komparatistik anspielend, wählte Sloterdijk für die Tyrannei der herrschenden Meinung das Bild eines Hygieneregimes, in dem sich die praktischen Verheißungen der aufgeklärten Wissenschaft vom Menschen als Fluch totaler Kontrolle erfüllt haben. «Unsere sogenannte ‹Öffentlichkeit›, der politisch-publizistische Raum, die Sphäre der vorgesagten und nachgesagten Meinungen ist auf eine Weise durchsterilisiert und homogenisiert, dass man meinen möchte, fast alle, die bei uns öffentlich das Wort nehmen, kämen geradewegs aus dem Desinfektionsbad.» Montesquieu legte seine Kritik des geistlich-politischen Komplexes, der die Zivilisation Europas geprägt hatte, Ungläubigen aus dem Morgenland in den Mund, weil im konfessionellen Staat der französischen Monarchie, der nach einhelliger Auffassung der Zeitgenossen den Gipfelpunkt der Kulturentwicklung

bildete, die Zensur herrschte. Die Überwachung aller Lebensäußerungen ist sozusagen das unsichtbare Hauptthema der fiktiven Reisebeschreibung, die politische Bedingung, die das Unnatürliche der französischen und katholischen Einrichtungen erklärt. Was die literarische Form betrifft, ging Sloterdijks Nachahmung Rousseaus also perfekt auf. Das aufgeklärte politische Denken hat den orientalischen Despotismus als Gegenbild zur westlichen Freiheit erfunden. Montesquieu analysiert ihn in seinem anderen Klassiker, dem «Geist der Gesetze». Als eine solche Despotie, geistig schlaff und eben deshalb grausam, malte sich Sloterdijk nun jene verborgene Tyrannis aus, die liberale Selbstkritik seit John Stuart Mill immer wieder hinter der scheinbar herrschaftsfreien Kommunikation im Reich der öffentlichen Meinung vermutet hat.

Sogar einen leibhaftigen Despoten wie aus dem Bilderbuch des Orientalismus holte er ins Bild, den Sultan Helmut Kohl. Nun hat Kohl ja, wenn die Erinnerung nicht trügt, wenigstens bis 1990 gegen die öffentliche Meinung oder jedenfalls deren Wortführer regiert, deren Tyrannis somit vielleicht doch zu virtuell blieb. Aber die Indolenz, die Sloterdijk wie weiland Karl Heinz Bohrer der Gestalt Kohls ablas, wurde bei diesem virtuosen Arrangeur von Reizvokabelpanoramen zur Metapher für die Feigheit der politischen Debatte. Schon «durch seine markant formlose Physis» habe Kohl den «Zeitgeist des finalen Konsumismus prophetisch» verkörpert. Der Konsumterror hatte laut Sloterdijk inzwischen auch das öffentliche Reden lahmgelegt: Originelle Gedanken wurden nicht mehr produziert oder fanden jedenfalls keine Abnehmer, Meinungsbesitzer genossen das, was sie schon x-mal zu sich genommen und von sich gegeben hatten. Die ironische Pointe des Prospekts, mit dem Sloterdijk für seine Neupersischen Briefe warb, hatte die Bündigkeit aller aufklärerischen Wahrheiten. «Die Perser würden glauben, sie entdeckten auf fremdem Boden orientalische Verhältnisse wieder.»

Aber würden sie das wirklich glauben? Hätten sie wirklich im Hotelzimmer vor «Anne Will» und «Beckmann», bei der Frühstückslektüre von Tageszeitungen, «Spiegel» und vielleicht sogar «Cicero» dieses Déjà-vu? Man nehme Peter Sloterdijks Herausforderung unserer Phantasie an und stelle sich zwei junge Herren vor, die der antiwestlichen Propaganda nicht trauen und mit eigenen Augen

sehen wollen, wie wir hier leben. Mit Sicherheit benutzen sie das Internet, wenn der Zugang nicht blockiert ist. Aber auch wenn sie über die technische und geistige Ausrüstung für Weltbürger verfügen, sind sie, wenn wir von ihrem Besuch etwas haben sollen, nicht restlos verwestlicht. In ihrer Seele sind die gierartigen und die stolzartigen Affekte noch im Gleichgewicht. Wenn sie den Mund aufmachen, dann flattern nicht nur die Figuren der von Sloterdijk verabscheuten Mangelrhetorik heraus. Sie reden nicht nur wie die Deutschen «vom Fehlen, vom Brauchen, vom Nicht-Haben und vom Beantragen», auch wenn sie vielleicht mit einem Stipendium in Deutschland sind und für ihre Forschungen über das deutsche Selbstwertgefühl noch eine Anschlussfinanzierung suchen. Sie haben noch ein Empfinden für den Stolz, die Ehre, die Großzügigkeit, das Haben und Schenken, und so wissen sie auch, was sie an ihrem Heimatland haben. Aber wenn sie, wie ihre Vorfahren bei Montesquieu, keine Fanatiker sind, dann wissen sie auch, was ihre Heimat für ein Land ist.

Auf dem Boden des klassischen Persien liegt heute die Islamische Republik Iran. Monat für Monat gibt es Meldungen von dort, dass Journalisten und Blogger verhaftet worden sind. Manche können froh sein, wenn sie vor Gericht gestellt werden. Dann wissen ihre Angehörigen und Freunde wenigstens, wo sie sind. Wer sich als Intellektueller kritisch über das klerikal-militärische Regime äußert, der muss nicht nur mit Repressalien der Behörden rechnen. Es kann auch sein, dass ein Prediger einen Mob vorbeischickt, der ihm die Scheiben einwirft. Junge Iraner aus guter Familie, die unter diesen finsternen Verhältnissen an der Möglichkeit der Aufklärung noch nicht verzweifelt sind: Wird ihnen auf deutschem Boden als erstes in den Sinn kommen, dass man hier seine Meinung nicht frei sagen darf? Setzt denn, wer sich dem System der Unterwürfigkeit nicht fügen will und den Mut zum offenen Wort hat, auch in Deutschland seine Existenz aufs Spiel?

So sagte es Sloterdijk in seinen Anmerkungen zum «entlarvenden Vorgang» um das «Lettre»-Interview mit Thilo Sarrazin. Entlarvt hatte sich in den Augen des Philosophen natürlich die Gesellschaft der Feiglinge, nicht der frühere Berliner Finanzsenator, der endlich einmal ausgesprochen hatte, dass türkische Wärmestuben die Berliner Wirtschaft nicht voranbrächten. Die philosophische Quintessenz der Cau-

sa Sarrazin: «Auf Wahrheit soll künftig die Höchststrafe stehen: Existenzvernichtung.» Selbst wenn man zugesteht, dass hier nicht von der physischen, sondern von der sozialen Existenz die Rede ist, sprengt die Figur des Märtyrers der Wahrheit jede Diskussion, in der man mit dem Autor über seine Einschätzung und deren Gründe streiten könnte. Wir haben es hier gar nicht mit einem Argument zu tun, sondern mit einem rhetorischen Mittel, vergleichbar jenem allerdings dogmatisch begründeten und kirchenrechtlich beschränkten Rekurs auf die päpstliche Unfehlbarkeit, der Montesquieus Perser beim Religionsgespräch im Kloster verblüffte. Nach erschöpfender Erörterung rationaler Rekonstruktionen des Dogmas scheiden sich an der Autorität der Kirche Katholiken und Nichtkatholiken. So wurde die von Thilo Sarrazin angeblich ausgesprochene Wahrheit beglaubigt durch die Legende, er sei dadurch in seiner Existenz bedroht gewesen, dass er öffentliche Kritik aus vielen Richtungen ertragen musste sowie eine Rüge seines Vorgesetzten und Anträge auf Ausschluss aus seiner Partei. Auch andere Verteidiger Sarrazins haben behauptet, in Sarrazins Passion kulminierte eine Tendenz der Öffentlichkeit, die Zustellung unerwünschter Botschaften mit dem sozialen Tod zu bestrafen. Doch wer sind die Opfer dieses Tugendterrorismus, welche Namen müssten in ein Mahnmal gemeißelt werden?

Denunziationen eines Redemachtmonopols, hinter dem sich die Feigheit von Volksfeinden verschanze, liefen früher nur in rechtsradikalen Kreisen um. Sloterdijk verlieh ihnen starphilosophische Weihen. Dass jedes Wort im Zusammenhang der Erinnerung an den Holocaust mit besonderem Bedacht gewählt sein will, gilt den Feinden der Bundesrepublik auf der Rechten seit jeher als verräterisches Signum ihrer Unfreiheit. Aber dass man im bürgerlichen Leben auf den Ton der eigenen Äußerungen achtet, zumal dann, wenn man nicht alle Adressaten persönlich kennt, bezeichnet das Zivile an der zivilisierten Kommunikation. Man muss bei jedem Thema darauf gefasst sein, dass die Schicklichkeit einem nahelegt, nicht von jeder rechtlich gegebenen Möglichkeit der Meinungsäußerung, das heißt der Adressierung, Akzentuierung und vor allem der Lautstärke, tatsächlich auch Gebrauch zu machen. Die Gegenstände der NS-Vergangenheit und des Verhältnisses von Deutschen und Juden bezeichnen insoweit gar keine Ausnahme.